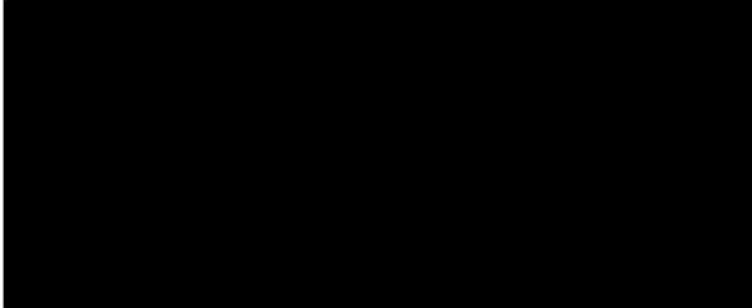


BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin



**Nina Stahr und Werner Graf**  
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle  
Kommandantenstr. 80  
10117 Berlin  
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 0  
Fax: +49 (30) 61 50 05 - 99  
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

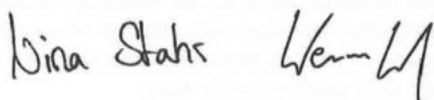


## Wahlprüfsteine des Landesverbands Berlin-Brandenburg der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union e.V.



vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir die Wahlprüfsteine des Landesverbands Berlin-Brandenburg der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union e.V.. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende

## **Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren**

**Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten. Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?**

**a) auf lokaler Ebene (in Berlin)**

**b) auf nationaler Ebene**

**c) auf europäischer und internationaler Ebene**

1. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben.

2. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden.

3. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf europäischer Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer europäischen Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll.

4. Fakten statt Fake-News. Stärkung der Wissenschaft: Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Pandemien aber auch die Klimakrise, oder auch eine effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen und Fortschritt bewältigen. Die Wissenschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle, auch die staatlichen Institutionen, die mit gesicherten Informationen eine Grundlage für politische Entscheidungen liefern und die vor der Herausforderung stehen mit fundierter, sachlicher Arbeit ein Gegengewicht zu den organisierten Desinformationskampagnen zu bilden.

5. Zoonosen verhindern: Wildtierhandel verbieten: Die Covid-19-Pandemie muss eine Lehre sein, die Gesundheit von Umwelt, Tier und Mensch zusammenzudenken. Sie basiert auf einer Zoonose, einer vom Tier zum Menschen übertragenen Infektionskrankheit. Solche neuartigen Krankheiten werden durch die fortschreitende Zerstörung der Natur und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume begünstigt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit ihnen muss strenger reguliert, Importe von Wildfängen, die Trophäenjagd, ihr Handel auf Online-Portalen und Wildtierbörsen müssen ganz verboten werden. Auch die industrielle Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung möglicher Zoonosen auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Pelztierfarmen nicht mehr erlaubt sind.

### **Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt**

**Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“ Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.**

1. Weitere Stärkung von Kita, Schule und sozialen Dienste, damit vor allem junge Menschen Chancen und Fähigkeiten vermittelt bekommen, um ein selbstbestimmtes, straffreies Leben zu führen.
2. Stärkung der Dienste für die psychische Gesundheit, damit psychisch erkrankte Menschen gut begleitet werden und nicht ihrem eigenen Schicksal überlassen werden, sondern in gegenseitigem Respekt an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
3. Weitere Stärkung der Opferhilfe, damit Geschädigte von Straftaten stabilisiert werden und das Erlebte besser verarbeiten, zum Beispiel mit einem Ausbau der Gewaltschutzambulanz, der psychosozialen Notfallversorgung und Verfahrensbeiständen.
4. Stärkung der Polizei und Feuerwehr und Rettungsdienste, damit im Notfall schnell geholfen werden kann und Straftaten beweissicher aufgeklärt und verfolgt werden können.
5. Stärkung der Justiz und Resozialisierung  
Ermittlungen und Verfahren müssen zügig laufen, damit die Sanktion möglichst schnell auf

die Tat folgt. Resozialisierung und soziale Arbeit in den Haftanstalten sollen auf ein Leben in Straffreiheit vorbereiten.

**NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?**

**Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländischerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.**

**a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?**

**b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie bitte für jeden Phänomenbereich die drei wichtigsten Maßnahmen.**

Zu a)

Der Terroranschlag am Breitscheidplatz war vor allem deshalb möglich, weil die Gefährlichkeit des späteren Terroristen unterschätzt wurde. Dies hat eine Reihe von Ursachen, die zurzeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss abschließend geklärt werden. Für uns Grüne stellt sich die Lage so dar, dass der islamistische Gefährder unterschätzt wurde. Es fehlte der kriminalistische Riecher, nicht bestimmte Rechtsgrundlagen für mehr Überwachung. Es lagen genug Daten und Informationen vor, um den späteren Attentäter zu überwachen. Fakt ist, dass unsere Sicherheitsbehörden zum Zeitpunkt des Anschlags nicht genug Personal hatten und dieses zudem nicht ausreichend geführt wurden. Für weitere Ausführungen und die Einzelheiten möchten wir auf den Abschlussbericht des Ausschusses und auf das Sondervotum der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweisen, mit denen zu Ende August zu rechnen ist.

Zu b)

Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare gesellschaftspolitische Haltung des

Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

Maßnahmen:

- Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen.
- Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetzes haben wir Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen.
- Mit dem neuen Diversity-Landesprogramm treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung voran.
- Mit dem „Landesprogramm für Demokratie.Vielfalt.Respekt.“ unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Diese Projekte wollen wir verstetigen und eine verlässliche Förderung dauerhaft sicherstellen. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz werden wir dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für Demokratie und Vielfalt gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen wir Präventionsangebote stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme verstetigen.

### **Einzelfrage - Verfassungsschutz**

**a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?**

**b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?**

Wir lehnen eine Ausweitung von zusätzlichen Befugnissen oder Mitteln für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab und befürworten eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten Sicherheitsarchitektur. Wir wollen sicherstellen, dass es ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden und extremistischen Personen und Strukturen gibt. Das geht aber nur mit einem hohen Maß an demokratischer Legitimation und parlamentarischer Kontrolle.

### **Videoüberwachung/Gesichtserkennung**

**a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?**

Die flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums schützt weder vor Kriminalität noch vor Terror. Gewalttäter, die im Affekt handeln, lassen sich von einer Kamera nicht abhalten. Videoüberwachung hat in ihrer Gesamtheit keine Auswirkungen auf die Kriminalitätsrate oder auf terroristische Angriffe. Das zeigen auch die Erfahrungen aus London, der Metropole mit der flächendeckendsten Videoüberwachung in Europa. Eine Kamera kann keine Straftat verhindern, ein\*e Polizist\*in schon. Anstatt jeden Winkel unserer Stadt auszuspähen, setzen wir deshalb auf eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei: auf mehr Streifen, Präsenz und gezielte Kriminalitätsbekämpfung. Fakt ist: Jede Polizistin, die vor Monitoren sitzt, kann nicht auf der Straße sein. Der Beitrag von Videobildern zur Aufklärung von Gewaltverbrechen ist gering. Kameras vermitteln eine Scheinsicherheit. Wir streben eine umfassende und effektive Sicherheitsstrategie an und sprechen uns dabei deutlich gegen eine anlasslose Videoüberwachung aus.

**b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.**

Die „intelligente Videoüberwachung“ und biometrische Gesichtserkennung erhöhen nicht die öffentliche Sicherheit sondern gefährden die Grundrechte wie die informationelle Selbstbestimmung massiv. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein. Eine Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger\*innen in unüberwachten öffentlichen Räumen frei bewegen können. Die Überlegungen zur flächendeckenden Einführung biometrische Gesichtserkennung auf Grundlage algorithmischer Verfahren stellt diese rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit in Frage und droht die relative Anonymität öffentlicher Räume nachhaltig zu gefährden oder zu beenden. Die Privatheit im öffentlichen Raum wird damit massiv gestört. Das Pilotprojekt zur Gesichtserkennung am Bahnhof Berlin-Südkreuz zeigt deutlich, dass der Einsatz solcher Systeme nicht zu einer Erhöhung der öffentlichen Sicherheit führt. Das Pilotverfahren wies wiederholt so hohe Fehlerraten auf, dass mit tausendfachen Fehlspeicherungen und damit unzulässigen Grundrechtseingriffen täglich zu rechnen ist. Des Weiteren steht zu befürchten, dass durch die Einführung, gerade angesichts der zu erwartenden hohen Falscherkennungsraten, nicht nur gesellschaftlich ohnehin bestehende Diskriminierungen verfestigt werden, sondern auch an anderer Stelle dringend benötigtes Personal der Polizei unnötig gebunden wird.

**Einzelfrage - Strafvollzug**

**Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?**

Grundsätzlich sind der Strafvollzug und die Resozialisierung naturgemäß eng verwoben. Zur Verbesserung der Resozialisierung haben wir in dieser Legislatur bereits Qualifizierungen beim Personal im Justizvollzug gefördert und Personalaufstockungen vorgenommen um für den offenen Vollzug eingesetzt und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Diesen Weg möchten wir weitergehen. Zu den für uns besonders wichtigen Vorhaben in diesem Kontext zählen wir zum Einen den Offenen Vollzug - soweit wie irgendwie möglich und verantworten ist - umzusetzen, um für die Strafgefangenen den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Denn die volle Wiedereingliederung in die Gesellschaft – ohne Rückfälligkeit – muss das primäre Ziel des Strafvollzugs darstellen.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Strafvollzuges ist die Möglichkeiten zur Weiterbildung für Strafgefangene, sowohl eine bessere vor, als auch nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet, welches wir fortentwickeln wollen, damit in naher Zukunft alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten können – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Analog hierzu steht im Bereich des Jugendstrafvollzugs neben Präventionsarbeit der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Denn jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient, und gerade junge Menschen brauchen eine Perspektive, um diese wahrnehmen zu können. Um bereits jetzt eine bessere und schnelle Betreuung zu gewährleisten, haben wir uns dafür eingesetzt, Verfahrensabläufe zu beschleunigen und die Jugendarrestanstalt saniert.

Zuletzt möchten wir die Entkriminalisierung von gewissen als Straftat pönalisierten Delikten nennen. Denn je geringer die Zahl der Strafgefangenen, desto mehr Kapazitäten haben die Betreuenden und entsprechend besser sind die Betreuungsmöglichkeiten. Wir haben beispielsweise die Herabstufung des „Fahrens ohne gültigen Fahrausweis“ von einer Straftat zur Ordnungswidrigkeit auf den Weg gebracht und hoffen weiterhin darauf, im Bundesrat dafür eine Mehrheit der Länder gewinnen zu können. Auch für die Entkriminalisierung beim Besitz von Cannabis wollen wir uns einsetzen. Vieles davon geht nur auf Bundesebene - dennoch werden wir uns weiter bemühen.

### **Einzelfrage - Obdachlosigkeit**

**Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?**

Die Pandemie hat uns die Probleme mit dem aktuellen System der Wohnungsnotfallhilfe klar vor Augen geführt. Massenunterkünfte und unzureichende Tagesangebote haben die

Betroffenen und Mitarbeiter\*innen im Bereich in prekäre und vor allem eine gefährliche Situation gebracht. Bezüglich der Pandemie brauchen wir daher eher eine schnelle Weiterentwicklung der Kältehilfe und der ASOG Unterbringungen. Dazu gehört neben den 24/7 Angeboten in der Kältehilfe auch die beschleunigte Umsetzung der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung in einem Landesamt für alle Unterbringungen nach ASOG und dem bisherigen LAF.

Das Konzept „Housing First“ sollte als Modellprojekt eine Alternative zum bisherigen Stufenmodell der Hilfevermittlung aufzeigen. Die Betroffenen sollten vom ersten Tag an die nötige Ruhe haben ihr Bündel an Problemen aufzuschnüren und zu lösen. Dafür braucht es einen geschützten Raum. Welchen besseren Schutz, nicht nur gegen Corona, als die eigene Wohnung kann es für einen Menschen geben?

Die bisherige Evaluation des Projektes zeigt den großen Erfolg. Die Nutzer\*innen und Mitarbeiter\*innen sind sehr zufrieden mit den Rahmenbedingungen des Angebots. Wir wollen das Housing First daher weiter ausbauen und fest in der Berliner Hilfelandschaft verankern. Gleichzeitig wollen wir mit den bisherigen Erfahrungen des Housing First evaluieren, wie wir auch die klassischen Hilfen nach §67 ff SGB XII weiterentwickeln können. Mit diesem Angebot werden Jahr für Jahr tausende Menschen wieder in eine eigene Wohnung vermittelt oder der Wohnungsverlust verhindert.

Die eigene Wohnung steht für uns im Mittelpunkt aller Bemühungen. Wir wollen daher allen Projekten bei der Versorgung mit Wohnraum stärker unter die Arme greifen. Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten.

### **Einzelfrage - Freiwilliges Engagement**

**Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.**

**a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?**

**b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?**

Zu a) Wir haben an der Erarbeitung der Berliner Engagementstrategie intensiv mitgearbeitet. Eine solche Strategie hatten wir in Abstimmung mit der Berliner Engagement-Szene (insbesondere dem Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin) schon in der letzten Legislatur gefordert.



Mit der Engagementstrategie wurden Maßnahmen beschlossen, es wurde aber auch ein politisches Verständnis von Freiwilligem Engagement formuliert, das wir ausdrücklich begrüßen. Wir wollen dem politischen Verständnis von Freiwilligem Engagement als eigenwillig und selbständig, als Grundpfeiler unserer Demokratie und unseres Zusammenlebens in unserer Engagementpolitik Geltung verschaffen.

Zu b) Die 100 Handlungsempfehlungen sind aus redaktionellen Gründen aus einigen zusammenhängenden und übergeordneten Handlungsempfehlungen ausdifferenziert worden, die man politisch natürlich wieder zusammensetzen muss.

1. Wir befürworten eine Stärkung des Landesnetzwerks (Pkt. 42) und die Unterstützungsstruktur, die das Landesnetzwerk in Berlin anbietet (Pkt.e 44-47).

2. Wir setzen auf der Bundesebene für eine Regelung der Gewerbemieten ein, auch mit dem Ziel bezahlbare Räume für Vereine und Initiativen zu erhalten (Pkt. 52 + 54).

3. Wir wollen mit einem Demokratiefördergesetz für der Berlin die Grundlagen schaffen, um die in Pkt. 57 genannte Vergabepaxis von Fördermitteln neu aufzustellen. Dazu gehören u.a. die Pkt.e 60, 62, 63.

4. Die Digitalisierung hat durch Corona einen enormen Schub bekommen. Wenn das kein Strohfeuer bleiben und nachhaltig, sozial gestaltet werden soll, sind die Pkt.e 77 – 82 von großer Bedeutung. Trägerin der Weiterbildungsangebote und des Lern-Prozesses kann auch hier wieder – mit anderen - das Landesnetzwerk sein, das auch in der Krise schon diese Aufgabe übernommen hat.

5. Selbstverständlich: Schutz von Engagement gegen Hasskriminalität (Pkt.e 83 – 89) und der Abbau von Diskriminierung und Ausgrenzung im Freiwilligen Engagement selber (Pkt.e 18-20) gehören zur Grünen DNA:

### **Einzelfrage - Demokratie und demokratische Verfahren**

**Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?**

Es gibt sicher Gruppen, die sich von der Demokratie abwenden bzw. von dem, was sie für „Demokratie“ halten. In Reaktion auf den Zuzug der Geflüchteten aus Syrien 2015 und in der Corona-Pandemie sind sie lauter und sichtbarer geworden. Das gilt aber bei weitem nicht für die gesamte Gesellschaft. Im Gegenteil: Nicht nur nimmt die Wahlbeteiligung wieder zu, es gibt vor allem vielfach ein aktives Einfordern von mehr demokratischer

Beteiligung. Die direktdemokratischen Instrumente von Volksinitiative und -entscheid werden immer mehr genutzt (Zahlen dazu bei „Mehr Demokratie e.V.“), um Themen und Forderungen auf die politische Agenda zu setzen. Beteiligung an Vorhaben in der Stadt – Verkehr, Bau, Grünflächen etc. – wird laut eingefordert und die Stadt hat in der letzten Legislatur darauf auch reagiert. Es wurden Leitlinien zur Bürgerbeteiligung entwickelt, Beteiligungsbüros in den Bezirken etabliert. Die Bezirke versuchen sich darin, Bürgerhaushalte aufzubauen, mit mehr oder weniger Erfolg – die Nachfrage auch über bezirkliche oder Kiezfinanzen mitzubestimmen ist aber da. Menschen mit Migrationsgeschichte fordern zunehmend vertreten zu sein: Sei es in den Parlamenten, sei es in Beiräten und in der „vierten Gewalt“, der Presse, die ja zum demokratischen Gefüge unverzichtbar dazu gehört. Die Initiative Klimaneustart fordert einen Klima-Bürger\*innenrat für Berlin, was wir sehr unterstützen!

Was also als „Vertrauensverlust“ thematisiert wird, ist zum einen das Echo auf die rechten Diskurse von „denen da oben, die machen, was sie wollen“. Es ist zum anderen aber – und beides darf auf keinen Fall verwechselt oder vermischt werden! – die selbstbewusste Forderung der Zivilgesellschaft nach mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, mehr Repräsentation.

Die Entwicklung einer in diesem Sinn „Vielfältigen Demokratie“ – in der demokratische Mitbestimmung und Aushandlungsprozesse auf vielfältigen Wegen geschieht – treiben wir als Grüne seit jeher voran: Mit der Stärkung der Direkten Demokratie, mit den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalten, der Novellierung der Partizipations- und Migrationsgesetzes, der Forderung nach Bürger\*innenräten für Land und Bezirk, der Herabsetzung des Wahlalters sowie dem kommunalen Wahlrecht für alle Einwohner\*innen. Bei all diesen konkreten Forderungen – und diese Bemerkung sei erlaubt – haben wir die, die den „Vertrauensverlust“ beklagen, aber eigentlich selber Demokratie ablehnen, natürlich nicht auf unserer Seite.